

# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 27.—, halbjährlich sFr. 14.—, vierteljährlich sFr. 7.50 — Vorarlberg jährlich öS 270.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 72.—, übriges Ausland jährlich sFr. 45.—, halbjährlich sFr. 23.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 16 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 20 Rappen, Textreklame 60 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 21 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 19. Mai 1971

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

104. Jahrgang — Nr. 71

## Notizen

Am kommenden Wochenende finden in allen Gemeinden des Landes die Wahlen für den Vermittler, den Vermittler-Stellvertreter und die Gemeindesteuerkommission statt. Erfahrungsgemäss steht es mit der Wahlbeteiligung bei Vermittlerwahlen nicht zum besten. Manchem Bürger fehlt es an politischem Gehalt, andere verlassen sich wieder auf die anderen, die es schon recht machen werden. Politik aber ist nicht nur Parteipolitik. Bei den Vermittlerwahlen und den Wahlen der Gemeindesteuerkommission fängt unsere Mitverantwortung um das öffentliche Leben an. Bitte beachten Sie die Öffnungszeiten der Wahllokale und beweisen Sie durch Ihre Stimmabgabe, dass Sie gewillt sind, am öffentlichen Leben mitzusprechen, auch wenn es «nur» um den Vermittler geht.

Vielleicht erinnert sich noch dieser oder jener Leser an die massive Kritik, mit der das «Liechtensteiner Vaterland» seinerzeit verschiedene Journalisten aus der Schweiz bedachte, weil sie nach Ansicht des VU-Organs einseitig zugunsten der FDP Stellung bezogen hätten. Da hiess es, die «huara Schwizer» sollen den Mund halten. Ihre freie Meinungsäusserung wurde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes gewertet. Dazu zwei Zitate aus dem (inzwischen zum Sprachrohr der Regierungspartei avancierten) «Liechtensteiner Vaterland» über deutsche Politik und Politiker. Am 4. 5. 1971: «Diese leichtfertige Absage ... passt in das ostpolitische Konzept, das Kanzler Brandt und Altkommunist Wehner schon seit Jahr und Tag ... dem Vatikan aufzunötigen versuchen.» — Oder am 15. Mai 1971 (über den Rücktritt Möllers als Finanzminister): «Wenn schon der Finanzminister die Flinte ins Korn werfe ... dann stinke es nach Pleite.» Was das VU-Organ hier produziert, ist nicht einmal uns in eigener, liechtensteinscher Sache erlaubt. Bekanntlich reagiert man sehr sauer, wenn von gewissen alten Kameraden (statt Genossen) oder von einer Pleite in der Staatskasse die Rede ist.

Im Zusammenhang mit der (räumlich notwendigen und gerechtfertigten) Ausgliederung der Fremdenpolizei und des Passbüros aus dem landeseigenen Gebäude bei der Kirche in ein Mietshaus an der Abzweigung nach Melerhof hat uns aus Leserkreisen die Anregung erreicht, eine Liste über die verschiedenen, in alle Ortsteile zerstreuten Büros der Landesverwaltung aufzustellen und sie an unsere Abonnenten abzugeben. Wir werden diese Liste demnächst publizieren, denn tatsächlich wird es für viele, die hin und wieder mit einer Amtsstelle zu tun haben, nützlich sein zu wissen, wo dieses oder jenes staatliche Büro zu finden ist.

## Finanzausgleich: Eine Zwischenbilanz

Die neue Lösung ist nicht der Weisheit letzter Schluss

Der Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden wurde im Vorfeld zu den letzten Landtagswahlen zum politischen Thema Nummer eins hochgespielt. Die heutige Mehrheitspartei leitete (damals noch als Minderheitsfraktion) Schritte ein, um den unter der Regierung Alexander Frick ins Leben gerufenen Finanzausgleich zu verbessern. Sie kam mit ihrer Initiative den bereits eingeleiteten Verbesserungsvorschlägen der Regierung Gerard Batliner zuvor und zögerte auch nicht, dieselben zu überbieten, sobald es so weit war. Unter diesen Vorzeichen: hier ein um den Staatshaushalt besorgter Finanzminister und Regierungschef, dort eine Fraktion, die als fordernde Minderheit zunächst keinerlei Risiko einging, ergab sich dann das objektiv falsche Schlagwort, wonach die VU für einen verbesserten Finanzausgleich und die FDP eben dagegen sei. Tatsächlich aber waren sich beide Fraktionen einig darüber, dass der Finanzausgleich verbessert werden müsse. Unterschiedliche Auffassungen ergaben sich erst im Zusammenhang mit der Frage des Wie und des wie hoch. Hier hatte die Minderheitspartei naturgemäss das leichtere Spiel, weil sie ja nicht für die Bedeckung des Staatshaushaltes verantwortlich

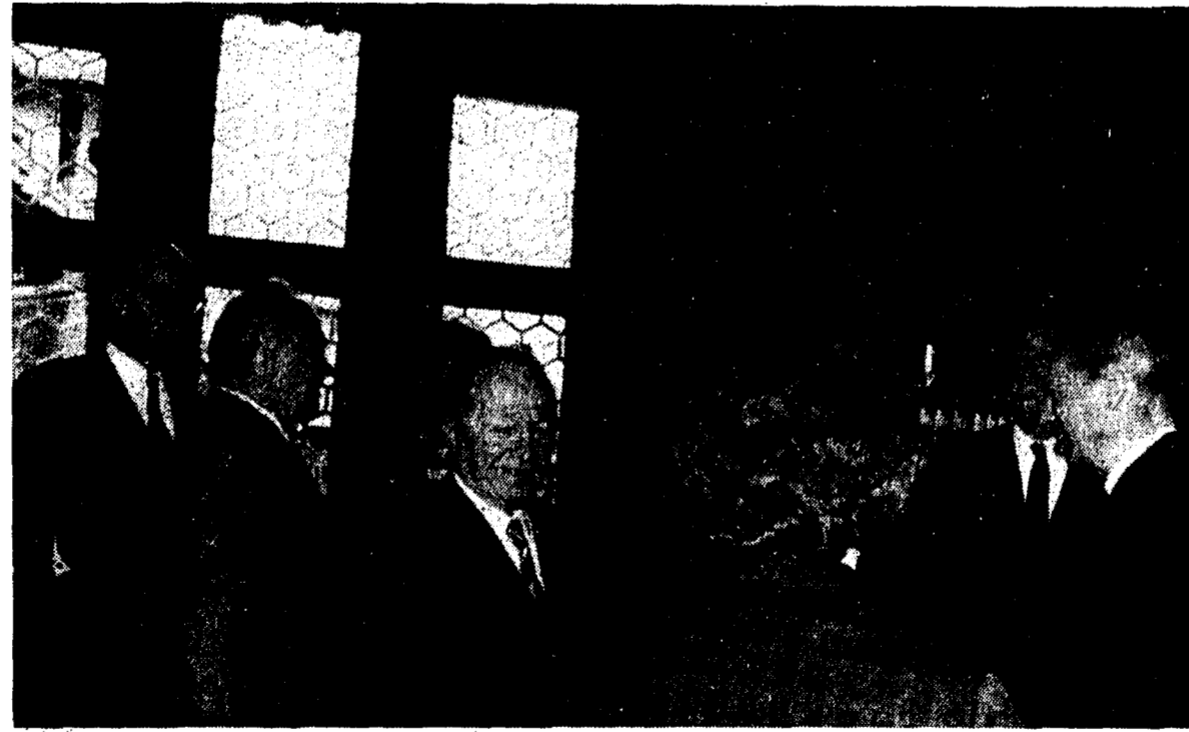
war. Diese Situation änderte sich dann überraschend am 1. Februar, als sich die Vaterländische Union plötzlich als hauptverantwortliche Mehrheitspartei wiedersah. Eine eher resignierende FDP, die sich nach den Landtagswahlen offenbar nicht mehr allzusehr mit dem Thema des Finanzausgleiches auseinandersetzen wollte, und eine Union, der nichts anderes übrig blieb, als zu ihren seinerzeitigen Versprechungen zu stehen, bewirkten dann wohl die überdurchschnittlich hohe Annahme der von der VU (noch als Minderheitspartei) lancierten Volksinitiative über den Finanzausgleich. Im Prinzip ging es darum, zum bereits bestehenden Finanzausgleich (Anteil der Gemeinden an verschiedenen Landessteuern, wie Gesellschaftssteuer, Motorfahrzeugsteuer usw.) eine zweite Stufe in Form von Kopfquoten, berechnet an den jeweiligen Einwohnerzahlen, an die Gemeinden weiterzugeben. Mit Ausnahme der Gemeinden Vaduz und Planken, die schon durch den bestehenden Finanzausgleich überdurchschnittlich hohe Kopfquoten aufwiesen, wurden die Steuereinnahmen aller anderen Gemeinden auf eine gemeinsame Quote ausgeglichen. Je nach Anzahl ihrer Einwohner partizipierten alle Gemeinden (ausser Vaduz

und Planken) an dieser zweiten Ausschüttung. Insgesamt zahlte der Staat auf diese Weise für das Steuerjahr 1969 rund 9 Mio Franken an die Gemeinden. Diese Zahl dürfte sich für das Steuerjahr 1970 noch einmal wesentlich erhöhen. Die Bedenken, die aus der Sicht des verantwortlichen Finanzministers vor den Wahlen 1970 geäussert wurden, haben sich längst bewahrheitet. Mit dem Unterschied allerdings, dass es heute ein VU-Finanzminister ist, der mit den aus dem Finanzausgleich resultierenden Problemen (bzw. Löchern) für die Staatskasse fertig werden muss. In einer wesentlich besseren Lage sind die Gemeinden, die sich innerhalb sehr kurzer Zeit wesentlich sanieren konnten. Den Hauptgewinn kassieren naturgemäss die einwohnerstarken Gemeinden, wie Balzers, Schaan, Triesenberg und Triesen im Oberland sowie Eschen, Mauren und Ruggell im Unterland. Besonders in den Gemeinden Schaan und Balzers (die über speziell initiative Vorsteher und Gemeindevertretungen verfügen) trägt der verbesserte Finanzausgleich erfreuliche und sichtbare Früchte. Aehnlich könnte man auch von anderen Gemeinden berichten. Die Berechnung der zweiten Stufe des Finanzausgleiches pro Einwohner, die zunächst als die einfachste und gerechteste Lösung erscheint, zeigte aber auch ihre Schattenseiten. Denken wir nur an die Gemeinden Gamprin und Schellenberg, die auch beim neuen Finanzausgleich relativ schlecht abschneiden, auf der anderen Seite aber einen grossen Nachholbedarf im Bereich der Infrastruktur aufweisen. Dazu kommt, dass diese Gemeinden aufgrund ihrer topographischen Verhältnisse zum Beispiel für Abwassersanierungen (Kanalisationen etc.) wesentlich mehr Geld ausgeben müssen, als Talgemeinden mit ebenen Grundflächen und ohne felsigen Untergrund. Andererseits erwachsen der Gemeinde Vaduz aus ihrer Stellung als Hauptort und Residenz in den nächsten Jahren enorme Bauaufgaben, für die es kaum zusätzliche Entschädigungen erhält, weil Vaduz am erhöhten Finanzausgleich ja nicht partizipiert. Was da zu wenig ist, ist dort zuviel: eine Reihe von Gemeinden sind in letzter Zeit dazu übergegangen, Geld auf Banken anzulegen, weil sie es derzeit nicht in die Infrastruktur investieren können. Wenn der Finanzausgleich dazu dienen sollte, die staatlichen Reserven zu erschöpfen, um sie den Gemeinden zur Realisierung wichtiger Aufgaben zuzuführen, dann ist dies jedenfalls nur teilweise gelungen. Zwar sind die staatlichen Reserven erschöpft, das Geld aber ist zum Teil nur auf ein anderes Konto gewandert.

## Besuch des UdSSR-Botschafters

Anatoli S. Tchistiakov auf Schloss Vaduz

Am Dienstag ist der Botschafter der UdSSR, Anatoli S. Tchistiakov mit Begleitung, zu einem zweitägigen Besuch in Liechtenstein eingetroffen. Der sowjetische Gast wurde gestern Mittwoch vormittag von S. D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen. Unsere Aufnahme zeigt Botschafter Tchistiakov (dritter von links) im Salon des Schlosses. Links der liechtensteinische Botschafter in Bern, Prinz Heinrich, rechts S. D. Fürst Franz Josef und Erbprinz Hans Adam. (Foto: Peter)



## Mit Begeisterung zustimmen

Abstimmung über den Abwasserzweckverband

Kein einziges Gewässer im Liechtensteiner Unterland bringt trinkfrisches Wasser; der Scheidgraben und die Esche, welche die Abwässer aus den Kanalisationen auffangen, sind gar tote Bäche. Keine Wasserpflanzen und Tiere sind infolge der Verschmutzung lebensfähig. Während im Scheidgraben seit 1966 eine Zunahme der Giftstoffe festgestellt wurde, hat die Verunreinigung der Esche in den fünf Jahren von 1966 bis 1971 um das zwei- bis dreifache zugenommen. Da diese Abwässer-Bäche in den Kanal münden, hat auch dessen organische Belastung beim Auslauf seit 1966 beachtlich zugenommen. Würde diese andauernd zunehmende Verunreinigung weiterhin anhalten, wäre auch die Fauna und Flora des Binnenkanals in einigen Jahren zum Absterben verurteilt. Doch die Verunreinigung des Kanals ist nicht nur aus ästhetischen und Naturschutzgründen besorgniserregend, sondern aus ihm wird auch das Grundwasser gespeichert. Wenn

man bedenkt, dass das Unterländer Pumpwerk für das Trinkwasser nur einige Dutzend Meter vom Kanal entfernt ist, so wird die Notwendigkeit von dringenden Sofortmassnahmen deutlich. Dies dürften mit anderen wesentliche Aspekte sein, welche die Unterländer Gemeinden und Schaan veranlassten, sich zu einem Zweckverband für die Abwasserreinigung zusammenzuschliessen. In der geplanten Anlage sollen einmal in einem mechanischen Prozess die festen Stoffe und Schlamm ausgeschieden werden, im biologischen Teil werden organische und gelöste Stoffe mit Hilfe von Bakterien in eine feste Form überführt und abgesondert. Schlussendlich müssen in einem chemischen Vorgang die verbleibenden Phosphate ausgeschieden werden. Bei den Phosphaten handelt es sich um Düngemittel, welche den Algenwuchs fördern. Algen jedoch entziehen dem Gewässer (Fortsetzung Seite 2)

**Privatkonto plus SWISS CHEQUE führen zur Verwaltungsbank AG Vaduz**

**Jeden Freitag ABEND-VERKAUF in Schaan bis 21 Uhr**